



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 24. April 2022

PRESSEINFORMATION

Bürokratiemonster und Kostenexplosion bei Grundsteuer verhindern: Witzel wirbt für neue landesgesetzliche Regelung

Als eine der dringlichen Aufgaben für die Landespolitik wirbt der Essener FDP-Landtagsabgeordnete Ralf Witzel für eine Neuregelung bei der Grundsteuer. Alle Essener Grundstückseigentümer erhalten in diesen Tagen ein Schreiben vom Finanzamt, das sie auffordert, für die Neuberechnung der Grundsteuer eine ganze Menge Daten zu ihrer Immobilie bereitzustellen.

Witzel hält dies für überflüssige Bürokratie, warnt vor einer Kostenexplosion und wirbt daher für einen neuen Weg bei der Grundsteuerberechnung: „Das Scholz-Modell für die Grundsteuer belastet nicht nur selbstnutzende Wohneigentümer, sondern auch Mieter über die Nebenkosten. Wir dürfen in Zeiten von ohnehin stark steigenden Energiepreisen für alle Betroffenen nicht riskieren, dass es durch falsche politische Weichenstellungen zu einer immer höheren zweiten Miete kommt.“

Nach einer Neuregelung durch den Bund wird die Grundsteuer ab dem Jahr 2025 nach dem maßgeblich vom früheren Bundesfinanzminister Olaf Scholz entwickelten wertbasierten Modell erhoben, wenn die Bundesländer keine abweichenden eigenen Grundsteuergesetze beschließen, was sie im Rahmen der Länderöffnungsklausel aber jetzt problemlos dürfen. Daher haben inzwischen andere Bundesländer mit unterschiedlichsten politischen Regierungskonstellationen von Hamburg und Niedersachsen über Hessen bis hin zu Bayern das Scholz-Modell abgelehnt und eigene flächenbasierte Grundsteuermodelle auf dem Weg gebracht.

Witzel strebt dieses Vorgehen auch für unser Bundesland an: „Einen Ausweg aus dieser Steuererhöhungsspirale bietet nur ein flächenbasiertes Grundsteuermodell, das hauptsächlich auf langfristig konstante Grund- und Gebäudeflächen abstellt.“

Beim Scholz-Modell hingegen müssen die Verkehrswerte von Immobilien als zentrale Bemessungsgrundlage regelmäßig bürokratisch neu ermittelt werden. Bei weiter steigenden Immobilienpreisen würde das zugleich zu einer automatischen Steuererhöhung bei zahlreichen Essener Bürgern und Betrieben führen.“